



Februar 1999

Eine Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag von ARD / Bericht aus Bonn und 8 Tageszeitungen

DeutschlandTREND  
Februar 1999

Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag von ARD / Bericht aus Bonn und 8  
Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.300 Befragte (900 West, 400 Ost)	
Erhebungszeitraum:	28.01. – 02.02.1999	
Fehlertoleranz:	1,2* bis 2,7** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5% ** bei einem Anteilswert von 50%	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/53322110
	Jürgen Hofrichter	☎ 030/53322119
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/9431413

## Drei Minus für die ersten 100 Tage

Der Regierungswechsel in Bonn im September letzten Jahres hat zu einer Zunahme der allgemeinen Zuversicht in Deutschland geführt, wie der DeutschlandTREND nach dem Amtsantritt der neuen Regierung zeigte. Nach einer hektischen Anfangsphase hat die neue rot-grüne Regierung einige Wahlversprechen umgesetzt und große Vorhaben begonnen. Nach 100 Tagen ist es Zeit für ein Zwischenzeugnis, und die neue Regierung Schröder/Fischer erhält von den Deutschen die Schulnote 3,4 – also eine Drei Minus. Im Kontrast zum negativen Echo in Medien, die der Regierung einen Fehlstart bescheinigen, zeigen sich die Bürger weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden und vergeben für den etwas hektischen Start und die häufigen Nachbesserungen bei der Regierungsarbeit eine mittelmäßige Benotung. Die eigenen Anhänger von SPD und Grünen sind mit dem Start der Regierung eher zufrieden und vergeben je eine 2,8.

DeutschlandTREND: 100 Tage neue Regierung		Infratest <sup>e</sup> dimap
Die rot-grüne Bundesregierung ist nun 100 Tage im Amt. Bitte beurteilen Sie die politische Arbeit der rot-grünen Bundesregierung und der von Wolfgang Schäuble geführten Opposition im Bundestag anhand von Schulnoten.		
1= "bin mit der Leistung sehr zufrieden" 6 = "bin mit der Leistung gar nicht zufrieden"	alle Befragte	Parteianhänger
Regierung	3,4	2,8 (SPD+Grüne)
Opposition	3,5	3,0 (Union+FDP)

Angaben in %

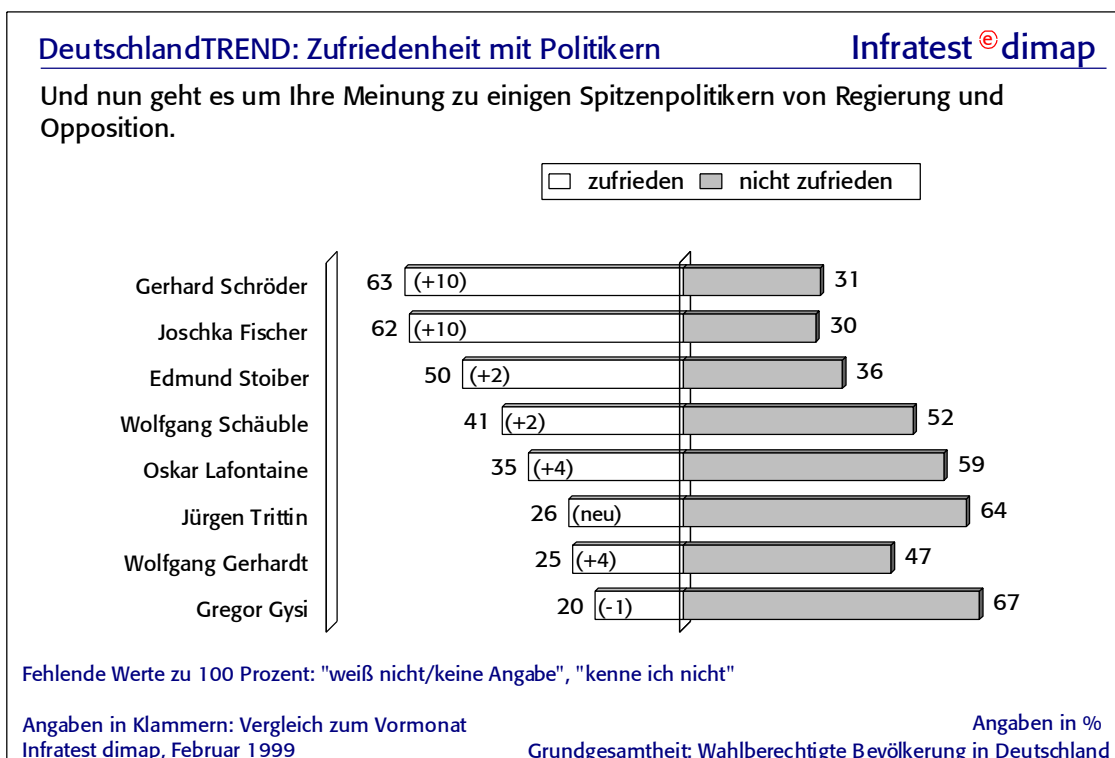
Infratest dimap, Februar 1999 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die von Wolfgang Schäuble angeführte Opposition im Bundestag erhält mit 3,5 eine ebenso moderate Note wie die Regierung. Der Start der Opposition wird in Medien ebenfalls als mißlungen und profillos charakterisiert. Die Oppositionsarbeit von Union und FDP wird in den eigenen Reihen jeweils mit 3,0 etwas schwächer beurteilt als dies bei der Regierung der Fall ist.

Insgesamt zeigen die Wähler mit diesem salomonischen Urteil einer Drei Minus, daß sie – noch – gewillt sind, Regierung und Opposition Zeit zu geben, sich an ihre neuen Rollen nach 16 Jahren Regierung Kohl zu gewöhnen.

## Sympathiezuwachs für Schröder und Fischer

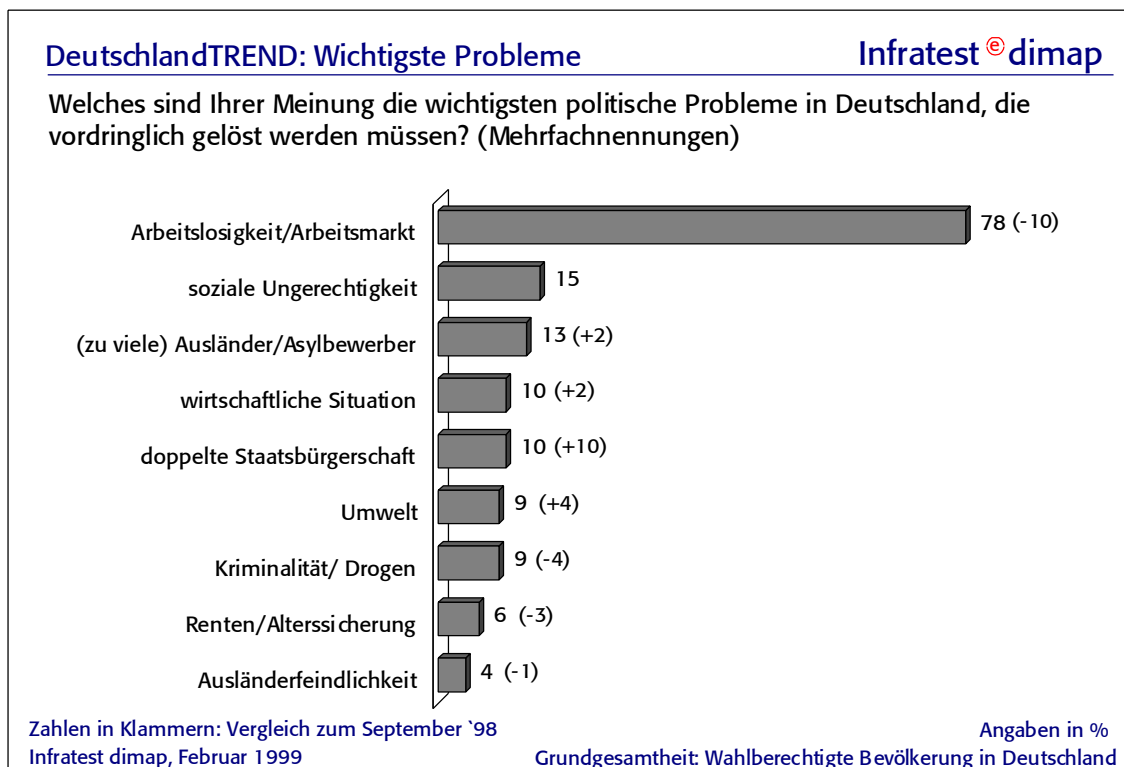
Die mäßige Benotung der Regierungsarbeit steht im Gegensatz zur großen Popularität von Kanzler und Vizekanzler. Die Zufriedenheit mit Bundeskanzler Gerhard Schröder ist im Vergleich zur letzten Umfrage im Dezember um 10 Prozentpunkte gestiegen, und etwa zwei von drei Deutschen (63 Prozent) beurteilen seine politische Arbeit derzeit positiv. Er erreicht damit einen nahezu so hohen Wert wie kurz nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD. Außenminister Joschka Fischer belegt mit 62 Prozent den zweiten Platz. Mit einem Plus von ebenfalls 10 Prozentpunkten hat er den Popularitätsverlust aus dem letzten DeutschlandTREND mehr als wettgemacht. Beide werden in den eigenen Reihen einhellig positiv bewertet, aber auch nahezu die Hälfte der Oppositionsanhänger zeigt sich mit ihnen zufrieden.



Deutlich schlechter werden die beiden anderen Spitzenpolitiker von SPD und Grünen – Oskar Lafontaine und Jürgen Trittin – bewertet. Das Ansehen von SPD-Parteichef und Finanzminister Lafontaine ist zwar leicht angestiegen, 35 Prozent (+4) aller Wahlberechtigten bekunden Zufriedenheit mit seiner politischen Arbeit, eine Mehrheit äußert sich jedoch weiterhin unzufrieden. Selbst innerhalb der eigenen Anhängerschaft findet Lafontaine nach wie vor nur Zustimmung bei etwas mehr als der Hälfte (53 Prozent). Der neue Umweltminister Jürgen Trittin ist das Kabinettsmitglied (in der Umfrage) mit dem niedrigsten Zufriedenheitswert: nur 26 Prozent stellen seiner Arbeit ein positives Zeugnis aus. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß sein Auftreten im Streit mit Frankreich und England um das Ende der atomaren Wiederaufbereitung als undiplomatisch wahrgenommen wurde und daß er gezwungen war, die Gesetzesnovelle zur atomaren Wiederaufarbeitung zurückzustellen.

Der populärste Politiker der Union ist nach wie vor der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der mit 50 Prozent (+2), weiterhin klar vor dem CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble liegt. Mit Schäubles Politik als Oppositionsführer sind 41 Prozent (+2) zufrieden und eine Mehrheit von 52 Prozent unzufrieden. Stoiber wird auch in den eigenen Reihen deutlich positiver bewertet als Schäuble. Mit der Arbeit von FDP-Chef Wolfgang Gerhardt sind 25 Prozent zufrieden, ein leichtes Plus von 4 Prozentpunkten, und Gregor Gysi rangiert mit 20 Prozent (-1) am Ende der Zufriedenheitsskala, wobei Gysi in den eigenen Reihen völlig unumstritten ist.

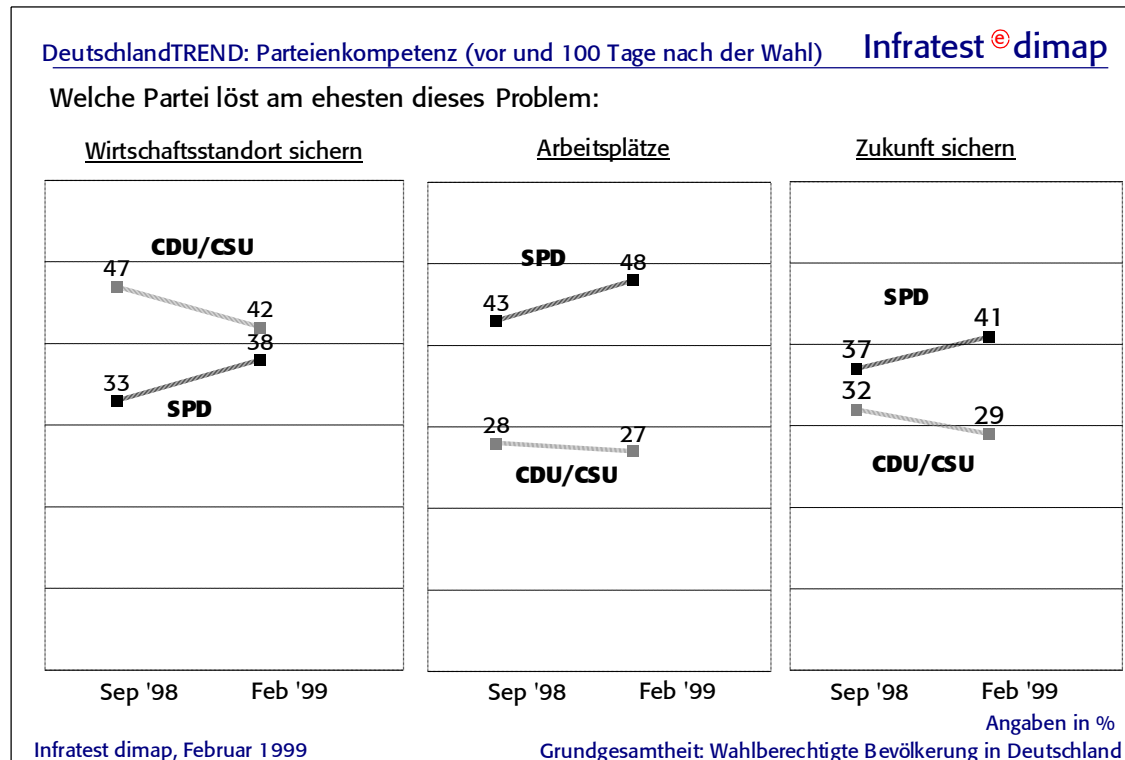
## Ausländerpolitik nach Arbeitslosigkeit das wichtigste Thema



Die zentralen Ziele der neuen Regierung sind die Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie und die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Die beiden erstgenannten Aufgaben stehen auch an der Spitze der Problemrangliste. Bei der ohne Vorgaben gestellten Frage nach den wichtigsten Problemen wird das Thema doppelte Staatsbürgerschaft von 10 Prozent der Befragten spontan genannt. 13 Prozent meinen, daß es zu viele Ausländer und Asylbewerber in Deutschland gibt, und 4 Prozent empfinden die Ausländerfeindlichkeit als Problem. Jeweils unterschiedliche Aspekte des Themenbereichs Ausländerpolitik werden damit insgesamt von etwa jedem vierten Befragten als vordringlich zu lösende Probleme angesehen. Das Thema ist damit das derzeit zweitwichtigste nach der Sorge um die Arbeitsplätze, die bei den Bundesbürgern mit 78 Prozent nach wie vor an erster Stelle des gesellschaftlichen Problemhaushalts steht, auch wenn es von 10 Prozent weniger Befragten genannt wird als kurz vor der Bundestagswahl. In der Problemhierarchie der Befragten folgen dann mit Abstand die Themen soziale Ungerechtigkeit (15 Prozent), Wirtschaftspolitik (10 Prozent), Bekämpfung von Kriminalität, Umweltpolitik (je 9 Prozent) und Rentenpolitik (6 Prozent).

Die Anhänger von CDU und insbesondere FDP thematisieren häufiger die doppelte Staatsbürgerschaft als Anhänger von SPD und Grünen. Über zu viele Ausländer beschwerten sich häufiger CDU-Anhänger, Nichtwähler und Unentschiedene, während die Anhänger der Grünen in der Ausländerfeindlichkeit häufiger ein Problem sehen.

## SPD gewinnt an Kompetenz



Trotz mittelmäßiger Benotung der Regierungsarbeit, hat die SPD in allen Politikbereichen im DeutschlandTREND vom Februar an Kompetenz hinzugewonnen im Vergleich zur Situation kurz vor der Bundestagswahl. Die Analysen zur Bundestagswahl haben gezeigt, daß der Wahlsieg der SPD auch darin begründet lag, daß ihr der Abbau der Arbeitslosigkeit weit eher zugetraut wurde als der Union. Die Sozialdemokraten lagen auch bei der summarischen Bewertung, welche Partei die Zukunftsprobleme Deutschlands am besten zu lösen vermag, vor der Union. In beiden Bereichen hat die SPD ihren Kompetenzvorsprung weiter ausbauen können. Die Union führte vor der Bundestagswahl bei der Wirtschaftskompetenz und bei der Inneren Sicherheit. Dies ist auch im Februar der Fall, wobei die SPD den Abstand zur Union jedoch insbesondere bei der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland deutlich verringern konnte.

DeutschlandTREND: Parteikompetenz		Infratest <sup>e</sup> dimap				
	SPD	CDU	Grüne	FDP	PDS	keine Partei
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	<b>48</b>	27	1	1	1	16
den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	38	<b>42</b>		2	1	9
eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	<b>38</b>	31	7	2	2	11
eine gute Energie- und Atompolitik betreiben	<b>33</b>	26	22	1		8
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	30	<b>42</b>	1	2	1	12
eine gute Umweltpolitik betreiben	28	16	<b>41</b>	1	1	7
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	<b>41</b>	29	3	1	1	15

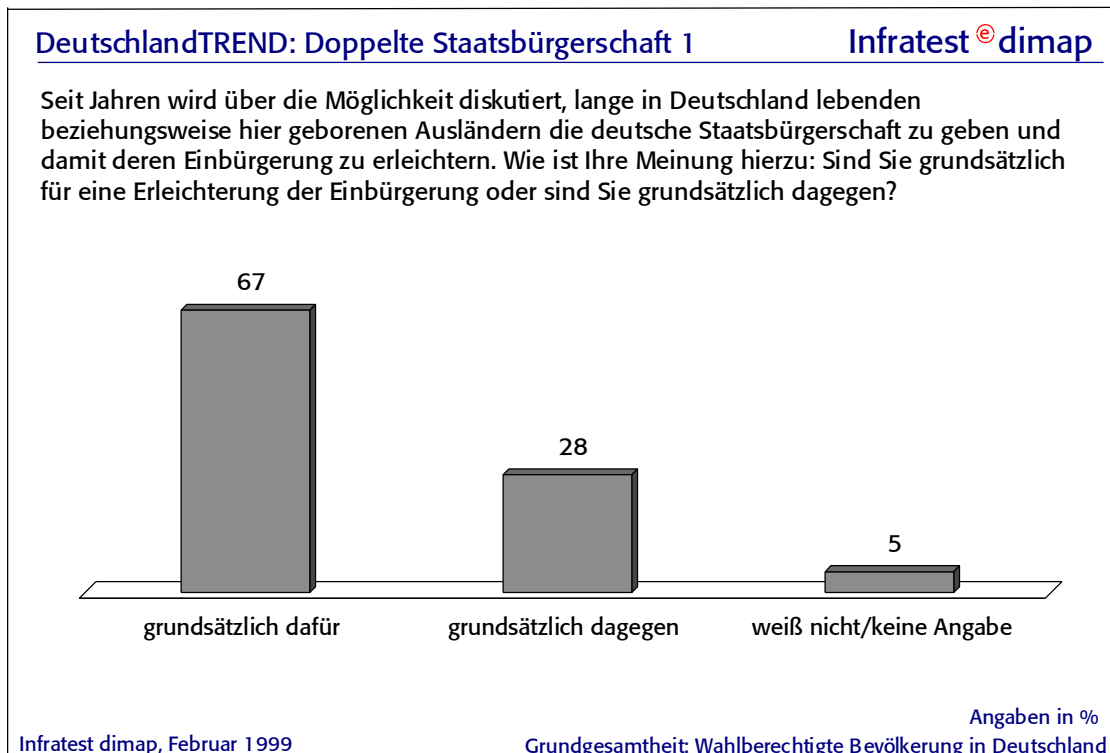
Fehlende Werte zu 100%: "weiß nicht/keine Angabe" Angaben in %  
 Infratest dimap, Februar 1999 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die Sozialdemokraten verfügen derzeit auch im zweitwichtigsten Themenbereich – der Ausländerpolitik – über einen Kompetenzvorsprung, während sie vor der Bundestagswahl hier mit der Union noch gleichauf gelegen hatten. Die Umweltpolitik ist der einzige Bereich, in dem mit den Grünen einer kleineren Partei am meisten zugetraut wird (41 Prozent). Sie mußten hier jedoch einen Verlust von 9 Prozentpunkten hinnehmen, der voll der SPD zu Gute kam. In der Energie- und Atompolitik – dem Zuständigkeitsbereich des grünen Umweltministers Trittin – liegt die SPD mit 33 Prozent ebenfalls vorne. Der grüne Koalitionspartner kommt auf 22 Prozent, der Union mit ihrer traditionell die Atomkraft befürwortenden Politik attestieren 26 Prozent die größte Kompetenz.

Bemerkenswert ist, daß der Kompetenzzuwachs für die SPD durchweg nicht auf eine Zunahme in den eigenen Reihen zurückzuführen ist, sondern darauf, daß Anhänger der Grünen und der PDS in teilweise deutlich höherem Ausmaß als vor der Bundestagswahl der SPD die Lösungskompetenz in den verschiedenen Politikbereichen zutrauen. Hinzu kommt, daß auch in der Anhängerschaft von Union und FDP den Sozialdemokraten etwas mehr zugetraut wird als vor der Wahl.

## Doppelte Staatsbürgerschaft: Keine Mehrheit für Regierungsvorschlag

Die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft ist das beherrschende Thema der letzten Wochen. Alle Parteien – insbesondere auch die Vertreter der CDU – sprechen sich immer wieder für das Ziel einer stärkeren Förderung der Integration durch Einbürgerung von lange in Deutschland lebenden bzw. hier geborenen Ausländern aus, der Weg ist jedoch umstritten.



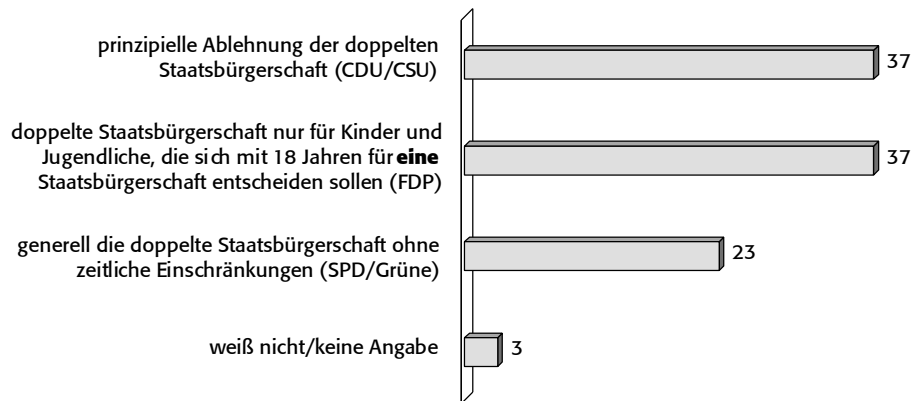
Eine Zwei Drittel Mehrheit der Deutschen (67 Prozent) steht dem Integrationsgedanken durch Einbürgerung prinzipiell positiv gegenüber. Nur 28 Prozent sprechen sich grundsätzlich dagegen aus, 5 Prozent äußern dazu keine Meinung. Für eine Erleichterung der Einbürgerung stimmen besonders häufig die besser Gebildeten und insbesondere die Anhänger der Grünen. Überdurchschnittlich skeptisch gegenüber einer Integration äußern sich vorwiegend Anhänger von Union und FDP sowie potentielle Nichtwähler.

Im Unterschied zur großen Mehrheit für das Ziel der Integration mittels Einbürgerung findet sich keine Mehrheit für einen der vorgeschlagenen Wege zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Für den Regierungsentwurf mit der generellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft plädiert nur eine Minderheit von 23 Prozent der Deutschen. Die von der Union in ihrer Unterschriftenaktion propagierte Position einer prinzipiellen Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft unterstützen mit 37 Prozent ebenso viele wie die FDP-Variante, die doppelte Staatsbürgerschaft nur für Kinder und Jugendliche zuzulassen, die sich dann mit 18 Jahren für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden sollen. Die Auswirkung der kontroversen Diskussion zeigt sich auch darin, daß nur 3 Prozent keine Stellung beziehen.

DeutschlandTREND: Doppelte Staatsbürgerschaft 2

Infratest<sup>e</sup> dimap

Umstritten ist dabei die doppelte Staatsbürgerschaft, d.h. die Möglichkeit für Ausländer, neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes zu behalten. Dabei vertreten die Parteien unterschiedliche Positionen. Welche dieser 3 Positionen finden Sie persönlich am überzeugendsten?



Angaben in %

Infratest dimap, Februar 1999

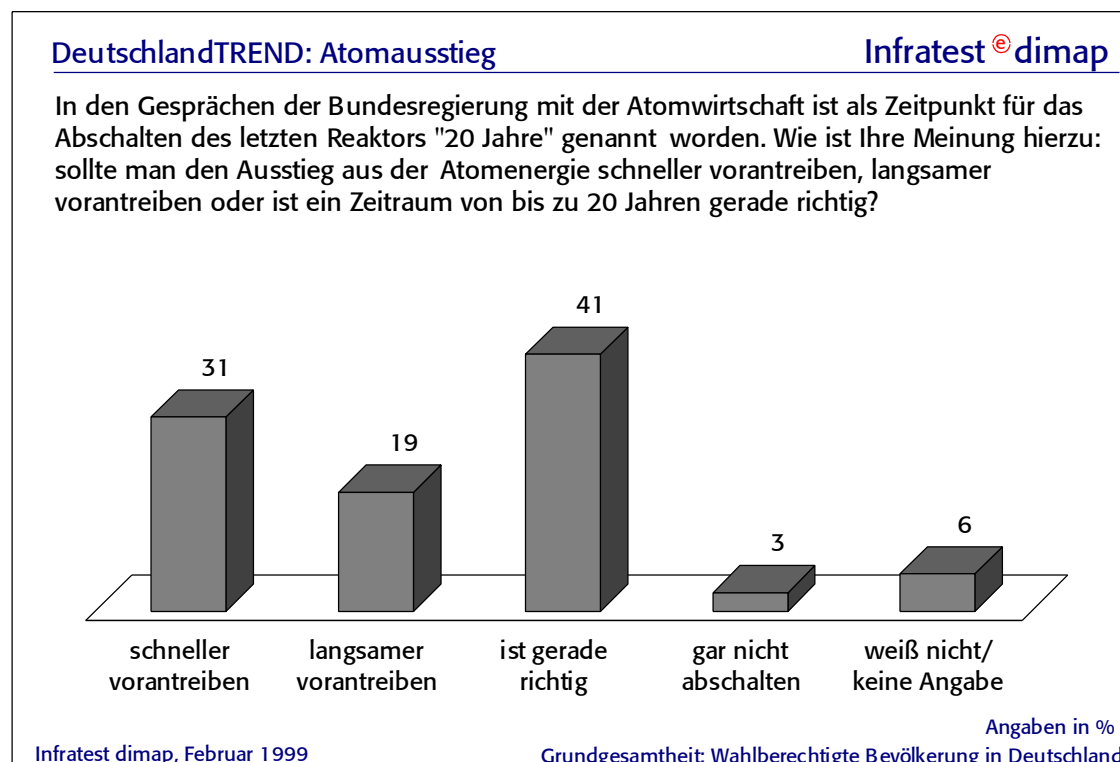
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die Ablehnung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft ist besonders ausgeprägt bei Älteren und Personen mit Volks- oder Hauptschulbildung. Der Regierungsentwurf findet selbst im eigenen Lager nur bei den Anhängern der Grünen eine knappe Mehrheit (57 Prozent). Unter den SPD-Anhängern votiert nur eine Minderheit von 30 Prozent für die generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft, 41 Prozent bevorzugen den FDP-Vorschlag, und 26 unterstützen die Unionsposition gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Umgekehrt ist aber auch der Unionsvorschlag in der CDU-Anhängerschaft umstritten: nur 55 Prozent sprechen sich dafür aus, immerhin 33 Prozent befürworten den FDP-Vorschlag.

Die Zunahme der SPD-Kompetenz in der Ausländerpolitik auf der einen Seite und die Ablehnung des Regierungsvorschlags zur doppelten Staatsbürgerschaft durch die Bürger auf der anderen Seite ist bemerkenswert. Nachdem das Problem lange Zeit nicht angepackt wurde, wird die Initiative der rot-grünen Regierung zur Integration von Ausländern prinzipiell positiv gewertet, über den vorgeschlagenen Weg wird gestritten.

## Ausstieg aus der Atomenergie

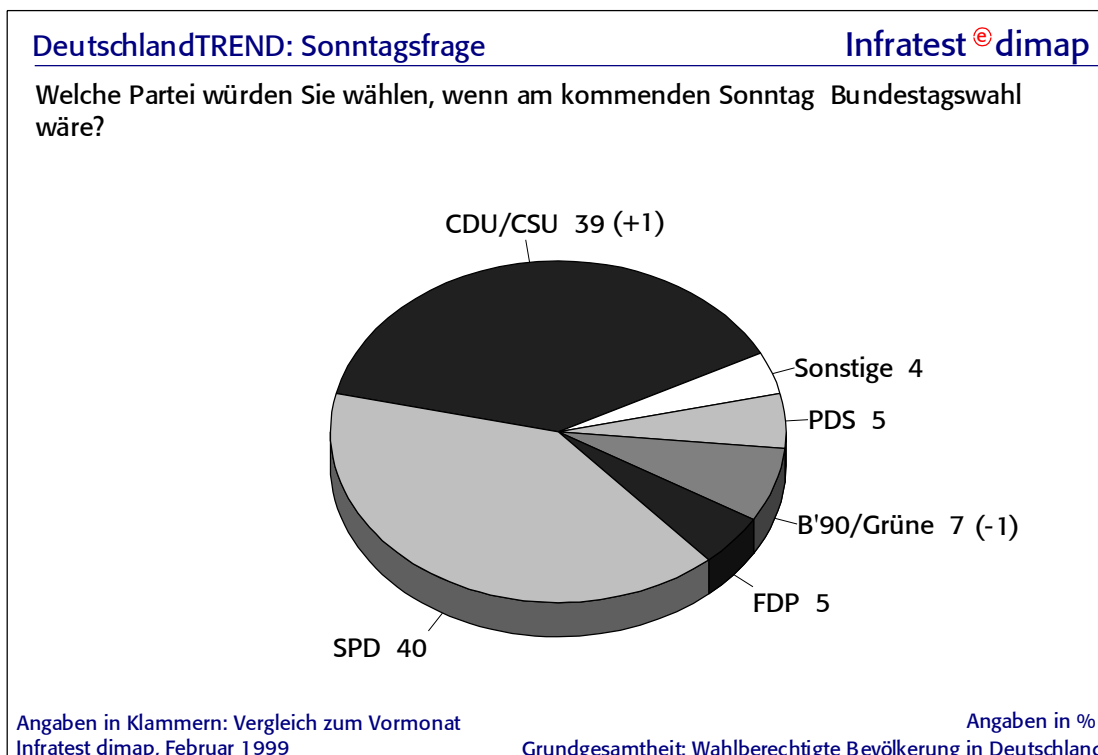
In Deutschland gibt es nach wie vor eine klare Mehrheit für den Ausstieg aus der Kernenergie und damit für das Ziel der rot-grünen Bundesregierung, einen unumkehrbaren Prozeß des Ausstiegs aus der Atomenergie in Gang zu setzen. Unter anderem wurde ein Zeitraum von 20 Jahren für das Abschalten des letzten Reaktors genannt. 41 Prozent der Befragten halten ein Ausstiegsszenario von 20-Jahren für gerade richtig, 31 Prozent hingegen plädieren für einen schnelleren Ausstieg. Nur eine Minderheit von 19 Prozent will den Ausstieg aus der Atomenergie langsamer vorantreiben, gerade 3 Prozent sprechen sich dafür aus, die Kraftwerke nicht abzuschalten oder neue zu bauen. 6 Prozent äußern zu diesem Thema keine Meinung.



Der Stop der Atomnovelle des Umweltministers fiel in den Zeitraum der Befragung, und die Atomindustrie vertrat die offensive Position, die Reaktoren erst nach langen Restlaufzeiten und frühesten im Jahr 2019 abschalten zu wollen, so daß der Ausstieg erst in 30-40 Jahren vollzogen wäre. Im DeutschlandTREND wurde daraufhin eine dieser neuen Situation angepaßte Frageformulierung für die zweite Hälfte der Interviews verwendet. Die Position der Industrie wird wiederum nur von einem von fünf Befragten unterstützt. Die Diskussion um längere Restlaufzeiten hat allerdings dazu geführt, daß sich innerhalb der Mehrheit der Ausstiegswilligen die Präferenzen zu Gunsten eines schnelleren Ausstiegs verschoben haben: 37 Prozent wollen nun schneller als in 20 Jahren abschalten, 32 Prozent innerhalb der von der Regierung anvisierten 20 Jahre.

Sonntagsfrage: Leichte Zunahme für die Union

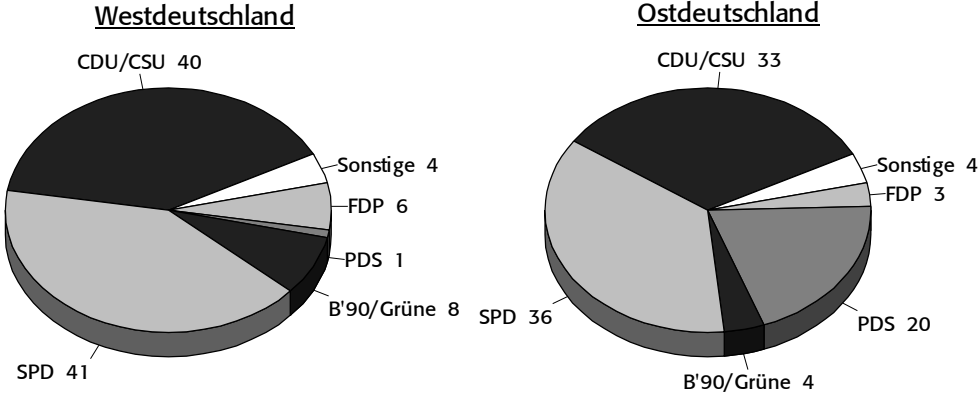
Die durchwachsene Beurteilung der ersten 100 Tage von Regierung und Opposition hat kaum Auswirkungen auf die politische Stimmung. Wenn die Wähler am Sonntag zu den Urnen gerufen würden, käme die SPD wie im letzten DeutschlandTREND auf 40 Prozent, die Grünen könnten mit 7 Prozent der Stimmen rechnen, ein Minus von einem 1 Prozentpunkt. Die CDU/CSU käme auf 39 Prozent und würde damit einen Punkt zulegen. FDP und PDS liegen unverändert bei jeweils 5 Prozent. Auf sonstige Parteien entfielen 4 Prozent.



Damit ergibt sich ein ziemlich stabiles Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition. Aufgrund der geringfügigen Verbesserung kommt die Union zusammen mit der FDP auf 44 Prozent, das rot-grüne Lager liegt bei 47 Prozent.

DeutschlandTREND: Sonntagsfrage (Ost-West)

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

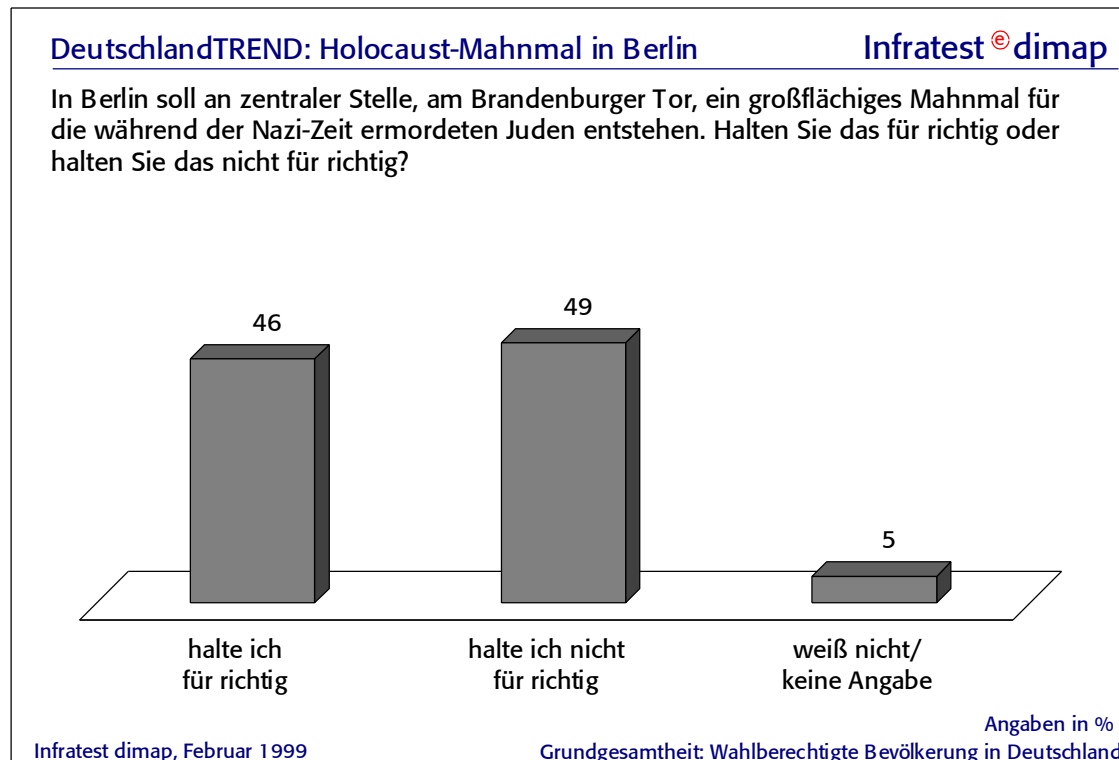


Infratest dimap, Februar 1999

Angaben in %  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

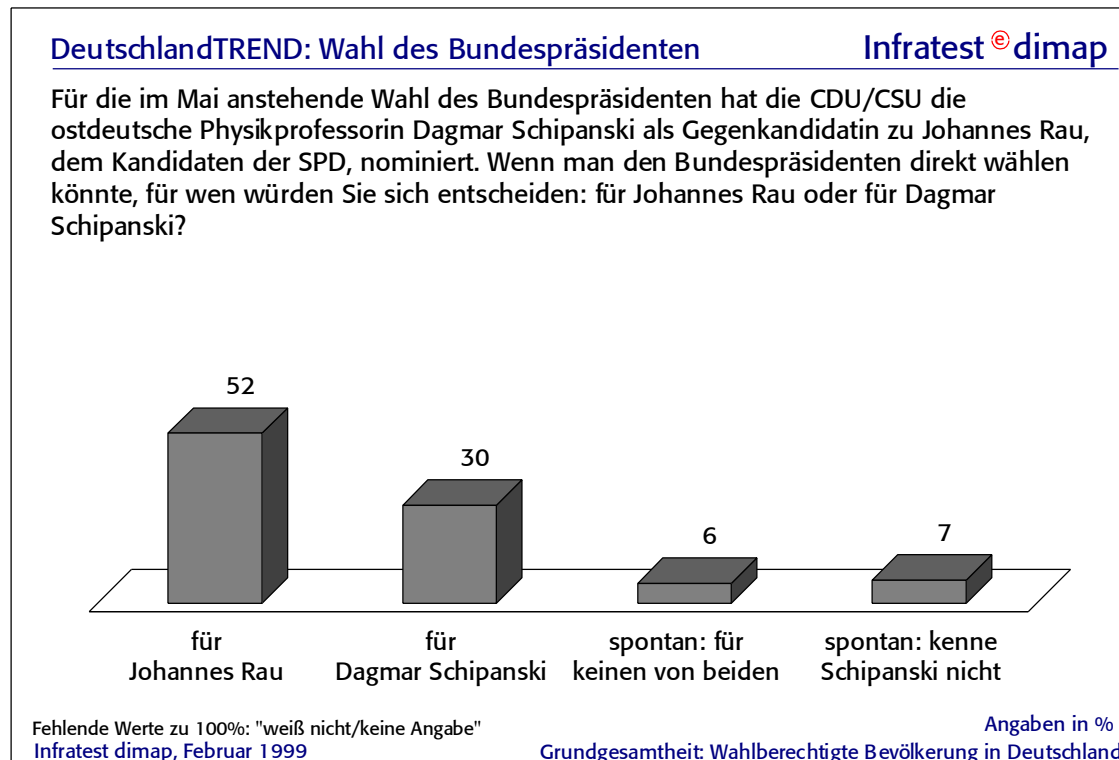
## Mehrheit sieht Holocaust Mahnmal in Berlin mit Skepsis

Über den Bau eines großflächigen Mahnmals in der Nähe des Brandenburger Tores in Berlin, das als zentrale Gedenkstätte für die während der Nazi-Zeit ermordeten Juden geplant ist, ist die deutsche Bevölkerung geteilter Meinung: 46 Prozent halten dies für richtig und 49 Prozent für nicht richtig, 5 Prozent geben dazu kein Urteil ab.



In dieser Frage zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Während eine klare Mehrheit der Ostdeutschen das Mahnmal befürwortet, lehnt es eine knappe Mehrheit der Westdeutschen ab. Männer, die Generationen über 35 Jahre, Personen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen sind mehrheitlich dagegen. Frauen, die jüngeren Generationen bis 34 Jahre und höher Gebildete votieren mehrheitlich dafür. Die größte Unterstützung ist bei den Anhängern der Grünen zu verzeichnen, während die SPD-Anhänger gespalten sind. Die Anhänger von Union und FDP sowie Nichtwähler und Unentschiedene sehen ein großes Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor mit Skepsis.

## Bundespräsidentenwahl: Rau vor Schipanski



Wenn die Deutschen in einer Direktwahl über das Amt des Bundespräsidenten entscheiden könnten, hieße der Nachfolger von Roman Herzog Johannes Rau: 52 Prozent würden sich für ihn entscheiden. Die Kandidatin der Union, die parteilose Thüringer Professorin Dagmar Schipanski kann – so kurz nach der Bekanntgabe ihrer Kandidatur – einen Achtungserfolg verbuchen: Immerhin 30 Prozent würden für Frau Schipanski stimmen. 6 Prozent könnten sich für keinen der beiden Kandidatenvorschläge erwärmen, 7 Prozent geben an, daß Sie die Unionskandidatin nicht kennen. Bei den Unions-Anhängern erhielt Frau Schipanski eine Stimmenmehrheit, alle anderen Gruppen geben Johannes Rau den Vorzug.

Richard Hilmer  
Jürgen Hofrichter  
Reinhard Schlinkert